

Monika Harter
Kaiserstuhlstraße 39
[79331] Teningen-Nimburg

Tel. 07663 948751 Fax 07663 948752

Monika Harter * Kaiserstuhlstraße 39 * [79331] Teningen-Nimburg

Einschreiben/ Rückschein

Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof
Generalbundesanwalt Range

Brauerstraße 30

[76135] Karlsruhe

Telefon: +49 (0)7 21 / 81 91 0

Telefax: +49 (0)7 21 / 81 91 590

eMail: poststelle@generalbundesanwalt.de

02.08. 2012

EILANTRAG

Aus gegebenem Anlaß erstatte ich

**Monika Klara Harter
Kaiserstuhlstraße 39
[79331] Teningen**

STRAFANZEIGE / STRAFANTRAG

gegen

Europäische Zentralbank, Bundesbank Stuttgart,
Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, Allianz Bank,
Bayern LB, KFW Bank, Hypo Vereinsbank Hypo Real Bank,
Rheinhyp und andere hier nicht explizit genannten Banken,

deren Eigentümer, Vorsitzende, Vorstände und Aufsichtsräte,
insbesondere Josef Ackermann und Anshu Jain
Detlev Rahmsdorf, Hans W. Reich, Klaus-Peter Müller u. a.

Aktive Beihilfe und Beihilfe durch Unterlassen

Gerhard Schröder, Hans Eichel, Wolfgang Clement
Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Sigmar Gabriel u. a.
alle Bundestagsabgeordneten die im Aufsichtsrat/Verwaltungsrat der Banken
tätig waren und heute noch tätig sind,
alle Banker die als „Berater“ im Bundestag tätig waren und heute noch sind,
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen

wegen

Insolvenzverschleppung und Insolvenzbetrug
betrügerische Finanzmanipulationen,
Veruntreuung von Kunden- u. Steuergeldern,
Erpressungsforderungen i. Mrd. Höhe als sog. Rettungspakete
Erpressung und Nötigung zu einem uneingeschränkten
ESM Ermächtigungsgesetz,
sittenwidrige u. wucherische Rechtsgeschäfte gegen das Gemeinwohl
Anstiftung zum Hochverrat und Vorbereitung eines hochverräterischen
Unternehmens gemäß §§ 81 - 83 StGB

Gründe

Erweiterung/Ergänzung der Strafanzeige/Strafantrag vom 10. Juli 2012 weitere
Beweisanträge und Beweisvorlagen bleiben ausdrücklich vorbehalten.
**Ich bitte aus berechtigtem Interesse um Mitteilung des Aktenzeichens und
des laufenden Sachstands.**

Zum besseren Verständnis, so sieht die Gesinnung des Herrn Joschka Fischer
aus, stellvertretend für die gesamten „**Volksvertreter**“ des deutschen Volkes:

**„Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen
fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest
Europas (und der Welt) sind. Das wird immer wieder zu
‘Ungleichgewichten’ führen. Dem kann aber**

gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden – Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet.“

Joschka Fischer (Grüner Ex-Außenminister, u.a. Privat-Dozent und jetzt wohl Kapitalist)

Zitate aus dem Handelsblatt Nr. 038 vom 24.02.2003:

Diskussion um eine Auffanggesellschaft für notleidende [Kredite](#) deutscher Institute schrecken die gesamte Finanzbranche auf. Der hochbrisante Vorschlag wurde bei der jüngsten Kanzlerrunde mit Spitzenkräften aus der Banken- und der Versicherungsbranche gemacht.

H. J. Knipper, R. Landgraf, M. Maisch Handelsblatt.

Eine Indiskretion über das Treffen von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Finanzminister Hans Eichel und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement mit Spitzenvertretern der deutschen Banken und Versicherungen sorgte am Wochenende für helle Aufregung. Nach Informationen des Handelsblatts schlug der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann, in der hochrangigen Runde die Gründung einer Auffanggesellschaft vor.

„Damit ist der deutschen Finanzindustrie ein Bärendienst erwiesen worden“, kommentierte ein Banker. Das ist eine massive Rufschädigung. Der Sprecher der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Matthias Fritton, wies Spekulationen, die bundeseigene Bank arbeitete am Aufbau einer Bad Bank, kategorisch zurück: „Die KfW ist an derartigen Überlegungen nicht beteiligt.“ Aus Berlin war zu hören, daß die Kreditinstitute ihr Probleme selbst schultern müssen. Sie könnten nicht beim Staat abgeladen werden...“ Zitat Ende!

Die Ereignisse bis heute sprechen aber eine andere Sprache, unsere „Volksvertreter“ **haben die obengenannte** Einstellung ohne jeden Zweifel umgesetzt, denn zumindest seit dem 24.02.2003 war den **deutschen „Volksvertretern“** bekannt, daß den größten Banken Zahlungsunfähigkeit droht bzw. Zahlungsunfähigkeit besteht, wie die Besprechung im Kanzleramt mit den größten Banken und Versicherungen beweist. Es wurde ja bereits über eine Auffanggesellschaft, das heißt eine Bad-Bank beraten. Was unsere „Volksvertreter“ aber nicht daran gehindert hat nicht nur immer mehr und weitere riskante Finanzmanipulationen zuzulassen und zu ermöglichen, sondern haben obendrein den Banken noch Steuerfreiheit gewährt. Um weiteren erheblichen Schaden von der deutschen Wirtschaft und den Kunden zu verhindern, ist dieser absichtlichen zügellosen Veruntreuung des Kunden- u. Volksvermögens unverzüglich Einhalt zu gebieten. Man kann sich des

Eindrucks nicht erwehren, daß Deutschland ein Selbstbedienungsladen für Banker ist. Das Kunden- u. Volksvermögen muß durch ein ordentliches Insolvenzverfahren wie es gesetzlich vorgeschrieben ist und einem vertrauenswürdigen **Insolvenzverwalter** vor dem weiteren Zugriff der Bundesregierung und der Banken geschützt und gesichert werden. Mit Eingang meiner Strafanzeige vom **10. Juli 2012** sowie die heutigen Ergänzung (Einschreiben /Rückschein), **liegt die Verantwortung für die Sicherung des Volks- u. Kundenvermögens nunmehr ausschließlich in Ihrer Hand Herr Range.**

Beweisanlage 1

Um es hier unmißverständlich zu sagen, es besteht sozusagen **permanente Zahlungsunfähigkeit**, da die Banken nicht in der Lage sind die im Vertrauen eingezahlten Gehälter, Löhne und Spareinlagen Ihrer Kunden auf Verlangen auszuzahlen. Es ist eine Tatsache, daß bei Rückforderung von nur 2% der Kundeneinlagen (Kundengelder) die Banken **vollständig zahlungsunfähig sind**. Das bedeutet aber auch, daß die Banken sozusagen Kredite vergeben, die es real überhaupt nicht gibt. Es werden einfach Zahlen in den Computer eingegeben. Wie das größte Finanzbetrugssystem aller Zeiten im einzelnen funktioniert entnehmen Sie bitte dem Interview mit Herrn Prof. Franz Hörmann und der Zeitung Neue Solidarität. **Dies ist nicht zu akzeptieren und erfüllt den Straftatbestand des Betrugs.**

Beweis Anlage 2

Es gibt grundsätzlich keine Rechtsgrundlage, die begründen könnte, daß Bürger für Schulden von Banken haften müssen. Die Anteilseigner, Aktionäre und Vorstände der Banken – **und nicht die völlig unbeteiligten und durch die Banken bereits in erheblichem Maß geschädigten Bürger** – sind für Kreditrisiken und Rekapitalisierung der Banken zuständig, **diese haben zu zahlen**. Genau diese Rechtslage, wollen die Herrschaften durch die dreiste Forderung nach vollständiger Immunität über den ESM Fiskalpakt aushebeln um für ihren Betrug nicht zur Verantwortung gezogen werden zu können und obendrein die Kunden und Steuerzahler bezahlen zu lassen, **das ist im höchsten Maß sittenwidrig**.

Prof Hörmann: Banken erfinden Geld aus Luft

Prof. Hörmann erklärt das Betrugssystem in einem Interview mit derStandart.at
Wirtschaft>Finanzen & Börse>- Reden über Geld und Co

Professor am Institut für Revisions-, Treuhand- und Rechnungswesen der
Wirtschaftsuniversität Wien. Zu Laden

Prof. Franz Hörmann
Unternehmensrechnung
Althanstraße 39-45
A 1090 Wien
Tel +431-313-36-4680

Die tatsächlich für dieses Fiasko verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Oder darf ich davon ausgehen, daß Sie Herr Range, ab sofort für meine Schulden haften und diese bezahlen?

Der beigelegte Bericht der **Bildzeitung** vom **21.Juli.2012** trifft den Nagel auf den Kopf und bestätigt die Gründe meiner Strafanzeige in allen Punkten. Insbesondere die Aussage, daß Erpressung stattfindet, daß die Banker die Politik diktieren (und damit auch die Gesetze), daß manipuliert wird usw. usw. usw. Die grenzenlose Scheinheiligkeit des SPD-Chef's Gabriel macht die Tatsache deutlich, daß er als Bundesminister selbst im Verwaltungsrat der KfW-Bank tätig und somit an dem Betrug unmittelbar beteiligt war. In den Unabhängigen Nachrichten wird ein Teil der willigen Helfer, die für die Banken tätig sind aufgeführt, wie zum Beispiel Matthias Platzeck Ministerpräsident d. L. Brandenburg, Peter Jakoby Finanzminister d. Saarlandes, Oskar Lafontaine MdB, Wolfgang Tiefensee Bundesminister, Frank Walter Steinmaier Bundesminister, Peer Steinbrück Bundesminister, Roland Koch Hess. Ministerpräsident, Christine Scheel MdB, Günter Beckstein bayr. Ministerpräsident, Kurt Faltlhauser bayr. Staatsminister, Michael Glos Bundesminister, Hartmut Möllring nieders. Finanzminister, Ingolf Deubel rheinland-pfälzischer Finanzminister, Horst Seehofer Freistaat Bayern Ministerpräsident u. Bundesminister u. a. ebenfalls.

Die Aussage des Herrn Gabriel läßt keinerlei Zweifel an den genannten Fakten zu, und nicht nur Herrn Gabriel ist das seit langem bekannt und ist daher ebenso wie alle anderen der **aktiven Beteiligung und des Unterlassens** schuldig.

Beweisanlage 3 u. 4

Es ist daher in jedem Fall zu ermitteln wer außer den o. g. Personen noch im Aufsichtsrat oder im Verwaltungsrat einer Bank usw. tätig war. Es ist festzustellen, welche Personen der Banken im Bundestag tätig waren und noch tätig sind.

Nicht nur der ESM Fiskalpakt, sondern bereits die Währungsunion sind sittenwidrige auf übelste Täuschung, das heißt arglistige Täuschung ausgelegte Handlungen, hier ist in jedem Fall **BGB Allgemeiner Teil § 6 anzuwenden:**

Auslegung des Rechtsgeschäfts Seite 64 Rn. 136 bb), Seite 65 Rn. 137 cc, Rn.138 Ergänzende Auslegung, Seite 66 Rn. 139 2. Lücke, Seite 67 Rn. 140 3. Lückenfüllung, insbesondere § 19 arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung Seite 195 Rn. 463 Anfechtung wegen arglistiger Täuschung § 123 I 1. Fall, Seite 194 Rn. 461, 462a, 464 II. Widerrechtliche Drohung, Rn 466 2.Kausalität, Rn. 467 Widerrechtlichkeit, Rn. 468 a) Rn. 469 b) ff

Wie aus dem Handelsblatt zu entnehmen ist, hat die rot-grüne Regierung seinerzeit zusätzliche (auf Verlangen der Banken) Gesetzesänderungen vorgenommen, um so wissentlich und willentlich den größten Finanzbetrug aller Zeiten zu unterstützen, **anstatt ein ordentliches Insolvenzverfahren zu fordern und einzuleiten, wozu alle Beteiligten verpflichtet gewesen wären um größeren Schaden von der Wirtschaft und den Kunden abzuwenden.** Statt dessen, wird munter mit dem Geld der Sparer und Kunden weiter gezockt und die Kunden sollen jetzt mit ihren Einlagen und Steuergeldern für milliardenschwere Spekulationsverluste haften. Die Gewinne werden privatisiert und die Verluste hemmungslos sozialisiert und den Kunden und Steuerzahlern aufgebürdet. Der international bekannte Ökonom Lynden LaRouche und seine Frau fordern in Ihrem Internetbeitrag –Die Kontrolle der Finanzoligarchie über Europa muß gebrochen werden- folgerichtig, daß das einzig richtige die Einleitung eines ordentlichen Insolvenzverfahrens sein muß und die Ermittlungen gegen die rot-grüne Regierung, die die ungezügelter Operationen der Hedgefonds usw. erst ermöglicht haben.

Beweisanlagen 5 u. 6

sowie der Beitrag EZB, Fiskalpakt und ESM bringen Europa um.

Diese Gesetzesänderungen im alleinigen Interesse der Banken sind aufgrund der Sittenwidrigkeit und wucherischen Rechtsgeschäfte nichtig, weil sie gegen das Gemeinwohl gerichtet sind. Die Banken haben über ihre Mitarbeiter im Bundestag auf die Gesetzgebung direkten Einfluß ausgeübt, das bedeutet die Banken machen sich die Gesetze selbst, wie sie es gerade brauchen, **was Herr Gabriel bestätigt.** Es ist ein Fakt, daß die Bundesregierungen vollständig weisungsgebunden sind. Die Aussage von Herrn Schäuble, daß die Bundesregierung seit 1945 zu keiner Zeit die Finanzhoheit besessen hatte, deckt sich mit **§ 25 Völkerrechtslehrbuch des im Bereich des Bundesministerium der Verteidigung verwendeten Lehrbuchs, Auszug siehe Anlage.** Zu der in diesem Lehrbuch festgestellten Tatsache kommt die weitere Tatsache, daß die Wahlen in Deutschland seit dem **07.05.1956** aufgrund des verfassungswidrigen Wahlgesetzes ungültig sind und es seit 1956 nie einen „**verfassungsmäßigen Gesetzgeber**“ gegeben hat.

Beweisanlage 7

Der ESM Fiskalpakt beinhaltet die totale Versklavung der Menschen, er nutzt niemandem außer den Banken, die sich ungehindert und ohne Beschränkung ungerechtfertigt bereichern wollen, ohne daß die geringste Möglichkeit zur Gegenwehr und Abhilfe möglich ist. **Alles andere ist Lüge, das werden wir nicht hinnehmen.** Es verstößt eklatant gegen die Menschenrechte (Resolution 217 A III v. 10 Dezember 1948) und gegen die Menschlichkeit, wenn diese nicht nur Makulatur sein soll.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Präambel verkündet durch die Generalversammlung am 10. Dez. 1948 Art 2, Art 3, besonders Art. 4 gebührt besondere Aufmerksamkeit, Art. 5 Art. 6, Art. 7, Art 8, Art. 10 u. 11, Art. 12 u 14 (2), Art 15, Art. 16 (3) Art. 17 (2), Art 19, Art. 20 (2), Art. 21 (1) Art. 22, Art. 23 (1 u. 3) Art 24, Art 25, Art. 26 (2), Art 28, Art. 29, Art 30

Beweisanlage 8

Das Ganze ist ohne Frage völkerrechts- u. insbesondere sittenwidrig, da es sich bei den zwischen der Bundesregierung und der Währungsunion geschlossenen Verträge ausschließlich um Verträge, Vereinbarungen oder Übereinkommen zu Lasten Dritter handelt, die auch noch den Tatbestand der Erpressung erfüllt, weil diese nachweisbar unter massivstem Zwang, das heißt unter Mord- u. Kriegsdrohungen, ausgehend von Frankreich und Großbritannien, zustande gekommen sind,

siehe Beitrag 5 auf der DVD

Im Focus Money Nr. 35 vom 19. August 2009 S. 8 (Interview) Allianz-Chefvolkswirt Michael Heise, **Zitat:** „Als Genugtuung würde ich es nicht unbedingt bezeichnen. Schließlich haben wir alle – auch die Ökonomen – das Ausmaß der Krise doch gar nicht vorausgesagt, noch **nicht einmal ansatzweise geahnt**. Alle wurden gnadenlos überrascht: **die Unternehmen, die Politik und die Volkswirte**“. **Zitat Ende!**

Beweisanlage 9

Diese Aussage läßt erkennen, wie skrupellos die Bürger über die Medien und Presse irregeführt und belogen werden. Allen Beteiligten war und ist schon seit mindestens 2003 völlig klar, was auf uns zukommt. Trotzdem wurde und wird außer völlig nutzlosen Milliarden Rettungspaketen, die die Gesamtsituation nur weiter drastisch verschlechtert, nichts Konstruktives unternommen um die Katastrophe abzuwenden. Im Gegenteil, es wird mit Unterstützung der Bundesregierung munter weiter gezockt und das sauer verdiente Geld und Eigentum der Kunden, die Arbeitsplätze, Löhne und Renten also alle Lebensgrundlagen der Menschen ohne jede Skrupel zerstört.

Es ist eine Tatsache, daß Deutschland 1990 durch Kriegs- u. Morddrohungen in die Währungsunion gezwungen wurde, es ist auch bekannt, daß derzeit erneut mit Kriegs-u. Morddrohungen erheblicher Druck auf Deutschland ausgeübt wird. Ebenso ist bekannt, daß Helmut Schmidt, Frau Leutheuser-Schnarrenberger sowie Bundespräsident Gauck massiven Druck auf das Bundesverfassungsgericht ausübt um die gewünschte Zustimmung zu erhalten und die Deutschen in diesen verheerenden ESM Fiskalpakt zu zwingen. Allein das reicht aus **daß dieser Vertrag rechtlich unwirksam wäre**, Erpressung und Zwang erzeugen keine Rechtsbindung, **egal was das Bundesverfassungsgericht entscheidet und ob Herr Gauck den Vertrag unterschreibt.**

Beweisanlage 10

Insolvenzrecht

Vorläufige Maßnahmen (§§ 21 InsO) müssen jetzt ergriffen werden, denn ihr Zweck besteht gerade darin bis zur Klärung des Eröffnungsgrundes (§ 16 InsO) das fragliche deutsche Volksvermögen zu konservieren.

Eröffnungsgründe:

Überschuldung, drohende Zahlungsunfähigkeit bzw. Zahlungsunfähigkeit,

Beweisanlage 11

diese Umstände waren und sind in jedem Fall die absolute Realität, sonst wären nicht immer mehr und immer größere Rettungssummen notwendig, das heißt es handelt sich um gezielte Insolvenzverschleppung und Insolvenzbetrug, denn die Deutsche Bank und andere erzielten auf der anderen Seite nach eigener Aussage auch erhebliche Gewinne.

In dieser gesamten Angelegenheit liegen sowohl Erpressung § 253, Arglistige Täuschung § 123, Sittenwidrigkeit §§§ 138, 17, 826 und Veruntreuung § 246 Abs. 27 sowie anmaßende Forderungen der Banken zu Lasten Dritter vor.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Spiegel der Kritik, Spalte rechts, Zitat:

„Ein weiterer Jahrhundertskandal veröffentlicht durch den Spiegel und der BÜSO: Dresdner Bank setzt Kredite in Höhe von 30 Mrd. Euro also etwa 2% des Bundeshaushalts in den Sand.

Angeichts dieses empörenden Versagens der Großbanken, denn bei den anderen Institutionen sieht es ähnlich aus, fragt man sich in Finanzkreisen: **Wofür haben wir eigentlich die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht [BAFin], die wir Steuerzahler bezahlen müssen?**

Unbestritten ist es nicht Aufgabe dieses Amtes, jeden einzelnen Kredit zu überprüfen. Aber es ist ja wohl ein Unterschied, ob ein paar hundert Millionen Euro, vielleicht auch mal eine Milliarde in den Sand gesetzt werden. Das ist im unternehmerischen Risiko immer drin, oder ob eine Bank derart absurde Kreditgeschäfte tätigt, daß jetzt 30 Mrd. EUR in einen sogenannten Kreditfriedhof verschoben werden müssen. **Da kann sich die Aufsichtsbehörde nicht aus ihrer Verantwortung stehlen.**

Beschäftigt sich das Aufsichtsamt eigentlich nur mit Lappalien, fragt man sich empört weiter, wie beispielsweise einer Frau Schulz als Maklerin vor Jahren wegen 170 DM die Lizenz zu entziehen, während man bei der Dresdner Bank hinsichtlich der Problemkredite von zig-Milliarden, vor allem an den

amerikanischen Mittelstand **versäumt seinen Aufsichtspflichten nachzukommen?**

Die Aufgabe der Bankaufsicht besteht nicht darin, demütig vor dem Großkapital, speziell den Großbanken zu kuschen, sondern Schäden von der Volkswirtschaft abzuwenden. Und ein Kreditfriedhof von 30 Mrd. EUR, wie es der „Spiegel“ formuliert, ist ein riesiger Schaden für den Steuerzahler, denn der muß letztendlich die Zeche bezahlen“, Zitat Ende! **Beweisanlage 12**

Das zeigt in aller Deutlichkeit wie es bereits 2003, als im Bundeskanzleramt über die Bad Bank diskutiert wurde, tatsächlich ausgesehen hat. Es gibt daher keine Ausreden, sondern es hätte um Weiteres und Schlimmeres zu verhindern, unverzüglich Insolvenzantrag gestellt werden müssen und nicht Steuergelder in Milliarden und Abermilliarden Höhe zu verschwenden, die das Chaos und die Schulden massiv verstärken und bis zum Staatsbankrott und der völligen Verarmung der Menschen treiben. Der Libor-Skandal in den auch die Deutsche Bank u. a. verwickelt ist, sprechen ebenso eine unmißverständliche Sprache und bestätigen die höchst kriminellen Manipulationen und Machenschaften der Banken, wie in dem Bericht der Bildzeitung treffend beschrieben, und die Bundesregierungen waren und sind daran aktiv beteiligt. **Beweisanlage 13**

Aber der zuvor beschriebene gigantische Betrug ist offenkundig noch nicht genug, wie sich aus dem Abrechnungsverfahren des Herrn Eibl schlüssig ergibt. Hans Peter Eibl stellt mit der in Deutschland einzigartigen Kontoführung, einer Vernetzung und Verknüpfung von Kontokorrent und Darlehen prozentual mitunter sogar noch weit heftigere Abweichungen vom korrekten Abrechnungsverfahren fest. Die durch solcherlei Manipulationen sukzessive bewußt **herbeigeführte Verarmung ihrer Kunden** liefert Banken und Sparkassen obendrein noch die Handhabe, z. B. Unternehmen wegen mangelnder Liquidität in die **Insolvenz** zu drängen, selbstverständlich bei gleichzeitiger Verwertung aller Sicherheiten der **hausgemachten** Schuldner. Dies hat für die Banken den erheblichen Vorteil, daß das Institut viel schneller an das in Größenordnungen, welche bei „**störungsfreien Verlauf**“ nicht zu erwartendes Kapital gelangt, wie den beigefügten Berechnungen am konkreten Praxisbeispiel, des Herrn Eibl und eines Herrn Rainer Röbbke, der den Wucher schonungslos offengelegt.

Beweisanlage 14 u. 15

Rainer Röbbke

Rennweg 7

87700 Memmingen

E-Mail: r.roebke@roebke-consulting.com

Hans Peter Eibl

Johannisbeerweg

74348 Lauffen

mail weibl-kontenbrüfung.de

Die im Oktober 2009 den Kunden zugesandten einseitigen Vertragsänderungen (AGB's) sämtlicher Banken (offensichtlich in Absprache) runden das Bild

wirkungsvoll ab. Eine Ablehnung ist völlig zum Einen nicht möglich und zum Anderen nutzlos, weil eine Ablehnung die fristlose Kontokündigung nach sich zieht und ein Wechsel der Bank nichts an der Sachlage ändert, da die anderen Banken die gleichen AGB's verwenden. Das ist Erpressung in seiner vollendetsten Form. Es reicht nicht, die Menschen bis auf's Hemd ausziehen, **nein**, es muß bis auf die nackte Haut sein.

Beweisanlage 16

Mit diesen Machenschaften und Betrug muß jetzt endgültig ein Ende gemacht werden, bevor das Ganze weiter und weiter ausartet.

Die Freiheit Deutschlands ist die unabdingbare Voraussetzung zur Überwindung der hausgemachten Finanzkrise bzw. dem weltweiten Betrug, nicht nur in Deutschland sondern in ganz Europa sondern weltweit, dem ansonsten viele Nationen zum Opfer fallen werden. Dies bestätigt der weltweit bekannte Ökonom Lynden LaRouche und seine Frau Helga Zepp-LaRouche. Seit Jahren warnen das Ehepaar LaRouche, Prof. Dr. Hankel sowie Herr Dr. Gauweiler, Herr Prof. Dr. Schachtschneider und jetzt auch Herr Gabriel.

Aus diesem Grund beantrage ich die Vorladung der genannten Zeugen

Büso Geschäftsstelle
Herr und Frau LaRouche
Postfach 221128
55050 Mainz
Fon: (0711) 6773726
E-Mail: bw@bueso.de [1]

Prof Dr.W. Hankel
Berghauserstraße 190
53639 Königswinter
Tel. 02244 873656
whankel@aol.com

MdB Dr. Peter Gauweiler
Promenadeplatz 9
80333 München
Tel. 089 9828 875
peter.gauweiler@bundestag.d

Entgegen der Behauptungen der **Banken** und der **Bundesregierung**, hätte die Durchführung eines ordentlichen Insolvenzverfahrens und die Rückkehr zur DM keinesfalls so verheerende Folgen für die Menschen und die Wirtschaft, wie es der ESM Fiskalpakt und die nutzlosen Rettungsaktionen des Euro haben, wie man uns das mit allen Mitteln einzureden versucht. **Dies können und werden die o. g. genannten Zeugen beweisen.**

Es ist den Menschen zu Recht völlig unverständlich und die Empörung darüber wächst täglich, warum bis heute keinerlei Ermittlungen aufgenommen und diesem Betrug nicht konsequent Einhalt geboten wird. **Es handelt sich hier nicht um Kavaliersdelikte, sondern um schwerste Verbrechen**, denen ganze Nationen und Millionen von Menschen gegenüberstehen und das ebenso bereits Millionen Menschen das Leben und die Existenz gekostet hat, und weiteren Milliarden Menschen weltweit noch kosten wird und das nicht nur unser Land vollständig ruiniert.

Beweisanlage 17

Wie bereits gesagt handelt es sich hier um den größten durchgeführten Finanzbetrug, sondern auch um den größten geplanten Massenmord aller Zeiten aus purer Macht und Habgier, also aus niedersten Beweggründen, wie Lynden LaRouche und seine Frau sagen und beweisen werden. Die Anmaßung und Gewissenlosigkeit der Bankeneigner und Aktionäre der selbsternannten Elite der Menschheit kennen offenkundig keine Grenzen, wie aus der Forderung des ESM Fiskalpakt ohne den leisesten Zweifel zu erkennen ist und was Herr Gabriel mit seinem Interview in der Bildzeitung zweifellos bestätigt. Es handelt sich um einen **2.Versailler Schuldenvertrag**, nur mit dem Unterschied, daß es jetzt nicht nur um Deutschland, sondern um Europa und der ganzen Welt geht.

Beweisanlage 18

Die Verursacher und Mitarbeiter (Mittäter) dieser Katastrophe damals und heute sind ohne Ansehen der Personen zur Verantwortung zu ziehen und haben wie jeder andere Verbrecher mit ihrem Vermögen zu haften. Mord und Mordversuch, Erpressung und Betrug in derartigen Dimensionen muß entsprechende Konsequenzen haben. Es ist nicht zu akzeptieren, daß diese „Elite“ und ihre Helfer für ihre Verbrechen mit Milliarden weiterem Volksvermögen und Millionen Boni's belohnt werden. Finanzdienstleistung ist eine Vertrauensangelegenheit die diese Leute willentlich und wissentlich auf unfassbare Weise mißbraucht haben, wofür Sie sich zu verantworten haben. Die Bundesregierungen haben samt und sonders kläglich versagt und sich an diesem gigantischen und verheerenden Verbrechen aktiv beteiligt.

Wir, die Bürger und Steuerzahler dieses Landes und die Menschen der betroffenen Nationen verlangen mit Recht entsprechende Ermittlungen - wie die beigefügte **Unterschriftensammlung** - Banker hinter Gitter- **der Avaaz Bewegung dokumentiert** und was das Einsetzen einer unabhängigen Untersuchungskommission nach dem Vorbild der **Pecora-Kommission** der USA verlangt. In Amerika werden bereits seit langem entsprechende Ermittlungen durchgeführt, wie Lynden LaRouche über seine Internetseite BÜSO Bürgerrechtsbewegung Solidarität berichtet. Gegen Präsident Obama ist ein Amtsenthebungsverfahren bereits in Vorbereitung. Ein erster wichtiger und richtiger Schritt in diese Richtung ist der FINANCIAL CRISIS INQUIRY REPORT. Die Forderung des international arbeitenden und bekannten Ökonomen Lynden LaRouche nach einem ordentlichen Insolvenzverfahren für die Banken wurde bisher von der Bundesregierung ignoriert, jetzt muß die Insolvenzverschleppung und der Insolvenzbetrug entsprechend geahndet werden, auch bzw. erst recht bei Institutionen wie Banken. Die Banken haben das Vertrauen unwiderruflich und restlos verspielt.

Beweisanlage 19, 20, 21

Die oben genannten Experten sollten an der Leitung, der aus neutralen Fachleuten bestehenden Untersuchungskommission beteiligt werden, in keinem

Fall darf diese Aufgabe dem in diese Angelegenheit verwickelten und illegalen Bundestag übertragen werden, denn das würde bedeuten, daß man den Bock zum Gärtner macht.

Der Anlage ist eine in dieser Angelegenheit äußerst Informative DVD „**Für Deutschland ist es fünf nach Zwölf**“ beigelegt, die die Erpressung Deutschlands in die Währungsunion (Beitrag 5 rechts oben, Beitrag 6, 7 und 8) sowie weitere wichtige Ereignisse dokumentiert. Weitere Beweise werden sobald diese kopiert werden konnten, nachgereicht. **Beweisanlage 22**

An dieser Stelle muß auch die Problematik im Bezug auf die **Versicherungen**, die an der Verhandlung im Kanzleramt bezüglich der Einrichtung einer Bad Bank im Februar 2003 teilgenommen haben, und die ebenso insolvent sind wie die Banken, dies aber ihren Vertragspartnern verschweigen und weiterhin Versicherungsbeiträge einfordern, obwohl ihnen bewußt ist, daß sie im Schadenfall zahlungsunfähig sind, also Vertragsbruch vorliegt. Das ist im Bereich **der Sachversicherungen wie zum Beispiel der Haftpflicht-, Hausrat- und Invalidenversicherungen usw. mit verheerenden Folgen für die Vertragspartner verbunden**. Auch hier muß entsprechende Klarheit für die Betroffenen und entsprechende Kostenübernahme im Bedarfsfall gesorgt werden. Wenn Milliarden und Abermilliarden für die Betrüger der Banken bereitgestellt werden können, so ist auch genügend Geld vorhanden um diesen Bereich abzudecken, zumal die Aufwendung der gesamten Staatsaufwendungen, wie

- Allgemeine öffentliche Verwaltung: 6,3 Prozent (7,2%)
- Verteidigung: 1,2 Prozent (1,5%)
- Öffentliche Ordnung und Sicherheit: 1,6 Prozent (1,5%)
- Wirtschaftliche Angelegenheiten: 4,3 Prozent (4,7%)
- Umweltschutz 0,6 Prozent (0,8%)
- Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen: 1,1 Prozent (1,0%)
- Gesundheitswesen 6,3 Prozent (6,4%)
- Freizeitgestaltung, Sport, Kultur, Religion: 0,7 Prozent (0,8%)
- Bildungswesen: 4,2 Prozent (5,0%)
- Soziale Sicherung: 21,9 Prozent (19,2%)

Also insgesamt 48,3 Prozent (48,1%) betragen, was geschieht mit dem Rest von 51,9 Prozent des deutschen Volksvermögens?

Es ist also unumgänglich, durch ein entsprechendes Gutachten zu klären, wohin das Volksvermögen tatsächlich fließt und zusätzlich den Menschen noch jede Lebensgrundlage durch immer mehr Kürzungen der Sozial- Bildungs- u. sonstigen Leistungen zugemutet werden soll.

Beweisanlage 23

Die Tatsache der Mittäterschaft durch die TV- u. Printmedien darf nicht unberücksichtigt bleiben. Durch aktive Unterstützung der sorgfältig und gezielt durchgeführten Fehlinformationen und Verschweigen von relevanten Informationen, insbesondere der Verfolgung, Verleumdung und Existenzvernichtenden massiven Bedrohungen bis hin zu Mord, gegen jeden der diese Verbrechen nicht unterstützen will. Die Aussage von David Rockefeller spricht eine unmißverständliche Sprache und bestätigt die Mittäterschaft, **Zitat:**

Council on Foreign Relations /Architekt des Federal Reserve Systems:

Wir sind der Washington Post, dem New York Times Magazine und den anderen Publikationen sehr dankbar, deren Vorstände unsere Treffen besuchten und welche die Verschwiegenheitsversprechen seit fast 40 Jahren einhalten. Es wäre für uns unmöglich gewesen unsere Pläne für die Welt voranzutreiben, wenn wir während jener Jahre dem Licht der Öffentlichkeit ausgesetzt gewesen wären.

Nun ist die Welt weiterfortgeschritten und bereit einer **Weltregierung** entgegen zu marschieren. Die supranationale Souveränität einer **Intellektuellen Elite der Weltbanken** ist sicherlich der **nationalen Selbstbestimmung** der letzten Jahrhunderte vorzuziehen. David Rockefeller

Beitrag 6 auf der DVD sowie Beweisanlage 24

Hier ist jeder Kommentar überflüssig und zeigt die grenzenlose Anmaßung die vorsätzliche langfristige Vorbereitung und generalstabsmäßige Durchführung dieses gigantischsten Verbrechen aller Zeiten, die Mittäterschaft der Medien und der korrupten Regierungen, ohne deren Mitwirkung dieses Verbrechen nicht möglich gewesen wäre. Damit ist die beabsichtige arglistige Täuschung und auch der Vertragsbruch bewiesen, denn mit dem Erwerb jeder Zeitung oder Zeitschrift und der TV-Gebühren finanziert jeder, ohne zu wissen, daß er nur Falschmeldungen und strafrechtlich relevante Meinungsmanipulationen für sein Geld erhält. Die Käufer und Zuschauer werden mit Vorsatz belogen und betrogen, denn mit dem Erwerb der Zeitung/Zeitschrift und den Gebühren der GEZ, erwarten die Menschen wahrheitsgemäße Information und nicht Manipulation und Lügen. Auch hiermit ist arglistige Täuschung, Vertragsbruch, Erpressung, Nötigung, Körperverletzung bis hin zum Mord verbunden. Es ist daher unerläßlich diesen gewissenlosen Usurpatoren und Mittäter die Lizenz zur Berichterstattung für immer zu entziehen und sie Ihren Taten entsprechend zu verurteilen. **Vom Anspruch auf Schadenersatz ganz zu schweigen. Diesen Sachverhalt bestätigt der Inhalt folgender DVD'S mit dem Titel Klartext 12/2011 und 01/2012**

Die Menschen werden in jedem Fall keinerlei Verständnis für eventuelle Verweigerung der dringend erforderlichen Ermittlungen und Strafverfahren aufbringen und akzeptieren.

Hinzukommt Hochverrat und Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens gemäß §81 - §83 StGB durch sorgsam im Auftrag vorbereitetem Staatsstreich in Verbindung mit Maastrichtvertrag, Lissabonvertrag, Währungsunion, ESM Fiskalpakt gegen das deutsche Volk

Beweisanlage 25

Die sich nunmehr bestätigende Tatsache, daß das Wahlgesetz verfassungswidrig ist was den Beteiligten definitiv bewußt war und ist nicht nur im Zusammenhang mit Überhangmandaten sondern insbesondere der Tatsache, daß keine direkten Wahlen stattgefunden haben (Listen-Wahl) gibt es seit 1956 keinen beschlußfähigen Bundestag und keine legal gewählte Bundesregierung die nach allgemein geltendem Völkerrecht so und so rechtswidrig ist und somit nicht berechtigt völkerrechtlich bindende Verträge abzuschließen wie der beigefügte Text (§ 25) aus dem Völkerrechtslehrbuch aus dem Bereich des Bundesministerium der Verteidigung zwingend beweist. Die unrechtmäßige Ausübung ihres nicht demokratisch legitimierten Mandats wird die gesetzgeberische Gewalt der wichtigsten Organe der Legislative im Bund mißbraucht und die gemäß Art. 1 Abs. 2 GG garantierten universellen Menschenrechte durch Verabschiedung eines verfassungswidrigen Völkerrechtsvertrags ausgesetzt. Die wesentlichsten Punkte des ESM welcher durch den Bundestag verabschiedet und dessen verheerender Inhalt den Abgeordneten, zumindest teilweise, wenn nicht allen nicht einmal bekannt ist. **Dem aber offenkundig trotzdem bar jeglichem Verantwortungsbewußtsein zugestimmt wurde.**

Der ESM – Vertrag hat folgenden Inhalt

Artikel 8; Grundkapital

Das Grundkapital beträgt 700 Mrd. Euro

Artikel 9: Kapitalabrufe

3. Die ESM- Mitglieder sagen hiermit **bedingungslos und unwiderruflich zu, die Anforderung jeglichem... Kapitalabruf binnen 7 (sieben) Tagen** nach Erhalt dieser Aufforderung nachzukommen.

Artikel 10: Änderung des Grundkapitals

Der Gouverneursrat kann Änderungen des Grundkapitals beschließen und Artikel 8...entsprechend ändern.

Artikel 27: Rechtsstellung des ESM, Immunitäten und Vorrechte

2. Der ESM.... verfügt über volle Rechts- und Geschäftsfähigkeit für das Anstrengen von Gerichtsverfahren.

3. Der ESM, sein Eigentum, seine Finanzmittel und Vermögenswerte genießen umfassende gerichtliche Immunität...
4. Das Eigentum, die Finanzmittel und Vermögenswerte des ESM sind von Zugriff durch Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jede andere Form der Besitznahme..durch Regierungshandeln oder auf dem Gerichts-, Verwaltungs-, oder Gesetzeswege befreit.

Artikel 30: Immunität von Personen

1. Die Gouverneursratsmitglieder, Direktoren und Stellvertreter und das Personal genießen Immunität vor der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer... Handlungen und Unverletzlichkeit ihrer amtlichen Schriftstücke...

Das heißt, alle Mitglieder sind sozusagen vollständig befreit von jeder wie auch immer gearteten Verantwortung und niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig. Selbst die Regierungen, Verwaltungen und demokratischen Gesetze sind ausgeschaltet, macht- u. rechtlos gegen den ESM und haben keine wie auch immer gearteten Rechte. Alle Mitglieder des ESM sind diesen Institution (Banken) vollständig ausgeliefert und nur noch deren Sklaven, die auf Befehl jede geforderte Summe in unbegrenzter Höhe innerhalb von 7 Tagen abzuliefern haben.

Das ist vollständige Enteignung und vollständige Versklavung der Menschen. Es wäre ein Rückschritt ins tiefste Mittelalter und in die absolute Leibeigenschaft. **Eine unfassbare Anmaßung für die man keinerlei Worte findet,** und so einem Vertragswerk stimmen die sogenannten „Volksvertreter“ des deutschen Volkes zu und verkaufen das über die kriminellen Medien als große Errungenschaft und Freiheit für Deutschland und Europa.

Es erinnert massiv an angeblich so verpönte Stasi-Methoden bzw. es übertrifft diese in jeder Beziehung. Für ein derartig umfassendes Ermächtigungsgesetz bei Ausschluß jeder Art von Rechtsverfolgung für strafrechtliche, gesetzwidrige und sittenwidrige Handlungen für sich selbst, aber Anspruch darauf andere strafrechtlich und gerichtlich verfolgen zu können wie es beliebt. Es gibt keinerlei rechtsstaatliche Notwendigkeit, die eine derartige Forderung rechtfertigen oder begründen könnte. Verträge und Forderungen dieser Art sind sittenwidrige und wucherische Rechtsgeschäfte und daher von vornherein nichtig.

Allgemeiner Teil des BGB

BGB Seite 142 § 14 Inhaltliche Schranken des Rechtsgeschäfts Rn. 319

*Rechtsgeschäfte müssen einen zulässigen Inhalt haben, um wirksam zu sein. Der Schutz **überragender Interessen der Allgemeinheit** gebietet eine Beschränkung*

der Möglichkeit, den Inhalt von Rechtsgeschäften frei zu gestalten. Diesen Schutz verfolgen die §§ 134, 138. Danach sind Rechtsgeschäfte nichtig, deren Inhalt gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten verstößt.

Abgesehen davon kann eine Einzelperson Interesse daran haben, daß ihre Rechtsstellung nicht durch Rechtsgeschäfte eines anderen beeinträchtigt wird, Ihrem Schutz dienen die Veräußerungsverbote der § 31, 35 ff.

Gesetzliche Verbote Rn.320 S. 143

- 1. Verbotsgesetze Rn. 321 s.144*
- 2. Folgen des Verstoßes gegen ein Verbotsgesetz
RN 324s. 144, RN 326 bb) S.145, cc) Rn.327*
- 3. Umgehungsgeschäfte Rn. 328*

II. Verstoß gegen die guten Sitten

1. Tatbestand

Rn 329 S.146, Rn. 330 ff

2. Rechtsfolgen

Rn 333 a) S.147, 334bb), 335b)

3. Fallgruppen

*Rn.336 S.148, Rn. 337 a), Rn.338 b)Rn.339 c)
Rn.342 g)S.149, Rn. 3343 h)S. 150,*

4. Wucherische Rechtsgeschäfte

Rn.344 u. a) S.150, Rn 345b)u. aa, Rn. 346 c) S.15

*Aufgrund der Tatsache, daß das derzeitige Finanzsystem ausschließlich auf Betrug, Ausbeutung sowie der Ausnutzung der rechtswidrig erschlichenen Monopolstellung gegenüber den Staaten und den Menschen aufgebaut ist, was allen Beteiligten, auch der Bundesregierung - wie oben nachgewiesen - sehr wohl bekannt ist. Es dient **wissentlich u. willentlich der alleinigen Vorteilnahme der Banken und ist in allen Punkten gegen das Gemeinwohl gerichtet. Es verstößt in eklatanter Weise gegen die Menschlichkeit und der Grund- u. Menschenrechte**, aus diesem Grund kann dieser ESM Fiskalpakt von vornherein **keine Rechtswirksamkeit** erlangen. **Dem ESM Fiskalpakt stehen die Interessen von 82 Mill. Menschen allein in Deutschland gegenüber.***

Textauszug aus dem Allgemeinen Teil des BGB

*Für die Beurteilung der Sittenwidrigkeit ist entscheidend, ob das Rechtsgeschäft nach seinem **Inhalt, Beweggründen und Zweck** zu entnehmenden*

*Gesamtcharakter mit den grundlegenden Wertungen der **Rechts- u. Sittenordnung** unvereinbar ist.⁶⁵ Sittenwidrig können auch Rechtsgeschäfte sein, durch die **Dritte gefährdet oder geschädigt** werden oder die in **krassem Widerspruch zum Gemeinwohl** stehen.*

*Manche Rechtsgeschäfte sind schon allein wegen ihres **Inhaltes** sittenwidrig, weil sie auf Vornahme von **allgemein missbilligten Handlungen** gerichtet sind. Sittenwidrig sind die **sogenannten Knebelverträge**. Darunter versteht man Verträge, die einen Vertragspartner in seiner persönlichen oder wirtschaftlichen Freiheit übermäßig beschränken und ihn damit dem **anderen mehr oder weniger ausliefern**. Die **übermäßige Ausnutzung** einer **Monopolstellung** darf nicht dazu ausgenutzt werden, um dem Vertragspartner, der ohnehin schon in der freien Wahl seines Geschäftsgegners beschränkt ist, **unbillige und unverhältnismäßig strenge Vertragsbindungen vorzuschreiben**. Rechtsgeschäfte müssen einen **zulässigen Inhalt** haben, um **wirksam** zu sein.*

*Der Schutz **überragender Interessen der Allgemeinheit** gebietet eine **Beschränkung der Möglichkeit, den Inhalt von Rechtsgeschäften frei zu gestalten**. Diesen Schutz verfolgen die §§ 134, 138. Danach sind **Rechtsgeschäfte nichtig** deren **Inhalt gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten verstößt**.*

Das erschreckende Geständnis des Herrn Brüderle, daß er den ESM nicht einmal gelesen und trotzdem zugestimmt hat, zeigt die grenzenlose Verantwortungslosigkeit der Abgeordneten u. Politiker. Beweisanlage 26

Der letzte hier beigefügte Bericht der Büso Bürgerrechtsbewegung Solidarität mit dem Titel - **Top-Wallstreet-Banker wird zum Paulus - Merkel weit hinter der Realität zurück** - spricht für sich und macht die Verantwortung die Sie als Generalstaatsanwalt jetzt für 82 Mill. Menschen und der Zukunft unseres Landes tragen mehr als deutlich.

Wie Sie dem Bericht entnehmen können, haben in den USA verantwortungsbewußte Staatsanwälte bereits reagiert und ermitteln ohne Rücksicht auf Stellung und Ansehen der Personen. **Beweisanlage 27**

Volksvertreter die die Bürger Deutschlands einer solchen Rechtlosigkeit und Gefahr für Leib und Leben sowie jeglichem Verlust der Lebensgrundlagen ausliefern, begehen das größte Verbrechen das man dem eigenen Volk antun kann und gehören hinter Gitter, denn das ist ohne Frage Hoch-, Landes- und Volksverrat in seiner vollendetsten Form, dafür gibt es keinerlei Rechtfertigung und sie verdienen keinerlei Nachsicht.

Dem Bundestag und der Bundesregierung fehlt dazu die völker- u. staatsrechtliche Berechtigung und Legitimation. Nicht nur das deutsche Volk hat ein Recht auf strafrechtliche Verfolgung.

Eigner und Aktionäre, die Vorstände, Mitarbeiter und Aufsichtsräte der Banken, ebenso die Vertreter der Bundesregierung haben insbesondere als nichtstaatliche Organisation, die volle Verantwortung für diese Verbrechen.

Der Vortrag erfüllt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, weitere und Beweisvorlage, Erweiterung der Strafanzeige/Strafantrags bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Unterschrift

Monika Harter

Beweisanlagen zur Strafanzeige/Strafantrag vom 31.07.2012

| | | |
|-----------|---|---|
| Anlage 1 | Wirtschaftspresse Handelsblatt Nr. 038 vom 24.02.2003 | Archivausdruck |
| Anlage 2 | Banken erfinden Geld aus Luft | |
| Anlage 3 | Bildzeitung vom 21. Juli 2012, | |
| Anlage 4 | Top-Wallstreet-Banker wird zum Paulus - Merkel weit hinter der Realität | |
| Anlage 4a | Unabhängige Nachrichten | |
| Anlage 5 | Die Kontrolle der Finanzoligarchie über Europa muß gebrochen werden | |
| Anlage 6 | EZB, Fiskalpakt und ESM bringen Europa um | |
| Anlage 7 | Auszug aus dem Völkerrechtslehrbuch | aus dem Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung |
| Anlage 8 | Allgemeine Erklärung der Menschenrechte | |
| Anlage 9 | Der Untergang ist abgesagt | |
| Anlage 10 | Manipulation an höchster Stelle | |
| Anlage 11 | Insolvenzrecht, Allgemeiner Teil des BGB | |
| Anlage 12 | Effektenspiegel vom 09. Januar 2003 | |
| Anlage 13 | Libor-Skandal: Top-Banker packt aus u. erschüttert Finanzindustrie | |
| Anlage 14 | Hans Peter Eibl Kontenprüfung | |
| Anlage 15 | Rainer Röpke Fallbeispiel | |
| Anlage 16 | AGB'S Sparkasse, Sparkasse wegen Falschberatung verurteilt | |
| Anlage 17 | Empörung über Berliner Entscheidungen< | |
| Anlage 18 | Nein zum 2. Versailler Schuldendiktat | |
| Anlage 19 | Avaaz Netzwerk: Banker hinter Gitter | (Stimmenabgabe International) |
| Anlage 20 | Pekora Kommission | |
| Anlage 21 | Der Angelides Bericht- Financial Crisis Inquiry Report | |
| Anlage 22 | Wofür gibt der Staat Geld aus | |
| Anlage 23 | DVD Für Deutschland ist es fünf nach 12 | |
| Anlage 24 | Pressefreiheit David Rockefeller | |
| Anlage 25 | Das Kartell der Federal Reserve (Buch) | |
| Anlage 26 | 2 DVD'S Klartext 12/2011 u. 01/2012 | |
| Anlage 27 | Brüderle bestätigt faktisch: „Ich habe den ESM-Vertrag nicht gelesen- und trotzdem Zugestimmt | |

Zusätzliche Anlagen

| | |
|-----------|--|
| Anlage 28 | Der dritte Weltkrieg rückt näher-Kriminelle Banker ins Gefängnis |
| Anlage 29 | Debatte in Deutschland beginnt: Statt inflationärer Bankenrettung |
| Anlage 30 | Systemkrise stürzt i. d. Endphase: Revolte in Frankreich u. den USA! |
| Anlage 31 | USA: Unterstützung für Amtsenthebungsresolution nimmt zu während die Kriegsgefahr wächst |
| Anlage 32 | Regierung gescheitert nicht nur in NRW! Wer verteidigt UNSERE Demokratie |
| Anlage 33 | Sizilianische Aktivistin unterstützt deutschen Widerstand gegen ESM und Fiskalpakt |
| Anlage 34 | Investoren: EZB-Kredite erhöhen Crash-Risiko von System-Banken |

Auszug aus dem Völkerrechtslehrbuch aus dem Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung von Friedrich Berber, § 25 Kriegsrecht S. 132-133.

b) Schutz der öffentlichen Ordnung

Nach Art. 43 LKO hat die Besatzungsmacht alle von ihr abhängenden Vorkehrungen zu treffen, „um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten“.

Aus der Vorläufigkeit der Besatzungsgewalt folgt, daß die Besatzungsmacht nicht an die Stelle des Gebietsherrn tritt, nicht zur Ausübung der Souveränität berechtigt ist, vielmehr der Gebietsherr weiterhin im Besitz der Gebietshoheit verbleibt und auch seine Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungshoheit, soweit nicht die Befugnisse der Besatzungsmacht entgegenstehen, weiterhin bestehen bleiben. Aus der Vorläufigkeit der Besatzungsgewalt folgt insbesondere, daß im Gegensatz zur Praxis früherer Jahrhunderte, Eroberung nicht der Erwerbung der Souveränität gleichsteht, nicht zur Annexion des besetzten Gebietes oder zur sonstigen souveränen Verfügung über es, etwa zur Schaffung neuer Staaten auf dem besetzten Gebiet berechtigt, diese Akte vielmehr gegebenenfalls erst bei Friedensschluß vollzogen werden dürfen. Die trotzdem durch die Besatzungsmacht erfolgte Annexion oder Staatenneubildung stellt ein Völkerrechtsdelikt dar, das keine Rechtswirkung gegenüber dem rechtmäßigen Gebietsherrn hervorrufen kann. Auch die Absetzung der Regierung des Feindstaates oder die Einsetzung einer neuen Regierung für das besetzte Gebiet (häufig Puppen-, Marionetten- oder Quisling-Regierung genannt) überschreitet die Befugnisse der Besatzungsmacht; eine solche Regierung ist nicht einmal als

de-facto-Regierung anzusehen,

sondern als ein Organ der Besatzungsmacht; Maßnahmen einer solchen Regierung, die weiter gehen als die Rechte der Besatzungsmacht, sind widerrechtlich. Dagegen kann die weitergehende These, daß die legale gegnerische Regierung bei nachfolgender gänzlicher Besetzung des feindlichen Gebiets und Verbleib im besetzten Gebiet automatisch zur illegalen Quisling und damit zum bloßen Besatzungsorgan herabsinke, nicht als richtig anerkannt werden.

Die Besatzungsmacht kann auch sonst im Allgemeinen nicht fundamentale Institutionen des besetzten Gebietes beseitigen. Zitat Ende!

Deutsche Post AG
79098 Freiburg im Breisgau

85032005 9363 06.08.2012 14:49

Einlieferungsbeleg / Quittung

DHL Paket/Paketmarke
Sendungsnummer JJD14.10.110 711 970
Sendung verfolgen unter www.dhl.de/sendungsverfolgung

Günther Stenke
.....
Empfänger *Raupe*

Gewicht: *Karlson* 2,0 kg
Empfangsland: DE

P R

Entgelte
Rückschein 1,80 EUR A

Gesamtumsatz (Brutto) 1,80 EUR
Nettoumsatz A 1,80 EUR
umsatzsteuerbefreit nach §4 UStG A

Auftragnehmer ist die Deutsche Post AG. Es gelten für
nationale Pakete die AGB Paket/Express National, für
internationale Pakete die AGB Paket International.

Vielen Dank für Ihren Besuch.
Ihre Deutsche Post AG

